Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/3155

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die 171. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 12. März 1965

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

Abgeordneter **Felder**

Welche Haltung nimmt der Bundesverteidigungsminister zu dem Vorschlag der Deutschen Gesellschaft für Psychologie ein, entsprechend dem Muster des „Beirates für Medizin" nun auch einen „Beirat für Psychologie" zu bilden?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

II. 1. Abgeordneter **Börner**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch das Fehlen von Fahrtrichtungsanzeigern an älteren Truppenfahrzeugen der amerikanischen Stationierungs-Streitkräfte die Straßenverkehrssicherheit beeinträchtigt wird?

II. 2. Abgeordneter **Peiter** *)

Veranlaßt der bedauerliche Unfall an der höhengleichen Kreuzung Lahntalbahn / B 260 in Nassau (Lahn) das Bundesverkehrsministerium, darauf hinzuwirken, daß das seit 1962 auf der Lahnstrecke zur besseren Zugsicherung vorgesehene „Frankfurter System" nunmehr eingeführt wird?

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

Abgeordnete **Frau Meermann**

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Sozialklausel im neuen Mietrecht zu ändern?

IV. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

IV. 1. Abgeordneter **Dr. Schneider (Saarbrücken)** *)

Kann die Bundesregierung die Erklärung des israelischen Journalisten Elon im 1. Programm des Deutschen Fernsehens am 21. Februar 1965 (Sendung von 12.00 Uhr bis 12.45 Uhr) bestätigen, wonach die deutschen Waffenlieferungen an Israel nicht als Wiedergutmachung, sondern aus der Erwägung heraus erfolgt sind, dem bedrohten israelischen Staat militärische Hilfe leisten zu müssen?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

IV.	2. Abgeordneter **Dr. Schneider (Saarbrücken) *)**	Kann die Bundesregierung die Äußerungen des nordamerikanischen Journalisten Wellington Long in der in Frage IV 1 genannten Fernsehsendung bestätigen, wonach die Waffenlieferungen an Israel nicht auf amerikanischen Druck bzw. Wunsch erfolgt seien, sondern aus der eigenen Initiative der Bundesregierung heraus?
IV.	3. Abgeordneter **Dr. Schneider (Saarbrücken) *)**	Kann die Bundesregierung die Behauptungen des ägyptischen Journalisten Kamal in der in Frage IV 1 genannten Fernsehsendung dementieren, wonach die Waffenlieferungen an Israel als Geschenke, d. h. ohne Gegenleistungen erfolgt seien?
IV.	4. Abgeordneter **Matthöfer**	Um welche Staatsoberhäupter handelt es sich bei den Ermittlungsverfahren nach § 104 StGB, bei denen keine Strafverlangen der betreffenden ausländischen Regierungen vorlagen?
IV.	5. Abgeordneter **Matthöfer**	Welche ausländischen Regierungen wurden wie oft von Bundesbehörden davon benachrichtigt, daß das betreffende Staatsoberhaupt angeblich in der Bundesrepublik beleidigt wurde?
IV.	6. Abgeordneter **Matthöfer**	Wie oft wurde die Bundesregierung von ausländischen Behörden davon unterrichtet, daß unser Staatsoberhaupt in dem betreffenden Land beleidigt worden sein soll?
IV.	7. Abgeordneter **Dr. Mommer**	Was beabsichtigt die Bundesregierung nunmehr zu tun, um die deutschen Raketenbauer in Ägypten zur Rückkehr nach Deutschland zu veranlassen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

V.	1. Abgeordneter **Kurlbaum**	Hatte die Frankfurter Allgemeine Zeitung recht, als sie in ihrer Ausgabe vom 10. Februar 1965 die Frage aufwarf, ob wir uns in der Bundesrepublik auf dem Wege zu einem umfassenden Gasmonopol befinden?
V.	2. Abgeordneter **Kurlbaum**	Mit welchen Prozentsätzen werden die verschiedenen Interessengruppen an der in Aussicht genommenen Erdgastransport-GmbH beteiligt sein?
V.	3. Abgeordneter **Kurlbaum**	Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß diejenigen, die ein berechtigtes Interesse an der Benutzung der Erdgasleitung von Holland nach Süddeutschland haben, weder in ihrer wirtschaftlichen Betätigung beeinträchtigt noch diskriminiert werden?

Bonn, den 8. März 1965

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*